SBV
SSE
SSIC

Schweizerischer Baumeisterverband
Société Suisse des Entrepreneurs
Società Svizzera degli Impresari-Costruttori
Societad Svizra dals Impressaris-Constructurs

Sessionsrückblick

Herbst 2021 (13. September – 1. Oktober 2021)



Überblick

Nationalrat

Nr.	Titel	Entscheid	Beurteilung	Seite
20.081	Unterirdischer Gütertransport. Bundesgesetz	Änderungen		3
21.045	Immobilienbotschaft EFD 2021	Angenommen		3

Ständerat

Nr.	Titel	Entscheid	Beurteilung	Seite
17.304	Kt. Iv. Tessin. Sichere Strassen jetzt!	Angenommen		4
19.050	Stabilisierung der AHV (AHV 21)	Änderungen		4
21.025	Zusatzkredit «Umfahrung Oberburg»	Angenommen		4
21.046	Veloweggesetz	Änderungen		5
20.081	Unterirdischer Gütertransport. Bundesgesetz	Änderungen		5
21.032	Entsendegesetz. Änderung	Abgelehnt		5
20.3532 20.3531	Mo. Rieder/Caroni. Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen	Angenommen		5

Nationalrat

Der Nationalrat behandelte folgende für den Schweizerischen Baumeisterverband wichtigen Geschäfte:

20.081 Unterirdischer Gütertransport. Bundesgesetz

Wie vom SBV gefordert, folge der Nationalrat mehrheitlich der Vorberatung des Ständerates. Die grosse Kammer hat das Gesetz bezüglich Enteignungsrecht ergänzt. Zudem braucht es nun für die Baubewilligung ein Plangenehmigungsverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Aufgrund der wenigen Änderungen hat der Ständerat in der gleichen Session die Differenzen beraten.

Haltung SBV: Die effiziente Gesetzesvorlage des Ständerates hielt auch im Nationalrat mehrheitlich stand. Das ergänzte Enteignungsrecht kommt aber erst zum Zuge, wenn alle Bemühungen für eine konstruktive Lösung fehlschlagen. Mit dem Plangenehmigungsverfahren steht dem innovativen Projekt ein weiteres Privileg zur Verfügung. Hingegen ist die Umweltverträglichkeitsprüfung eine administrative Mehrbelastung, welche hoffentlich das Projekt nicht ins Stocken bringt.

21.045 Immobilienbotschaft EFD 2021

Der Nationalrat hat die Immobilienbotschaft 2021 ohne Gegenstimme gutgeheissen. Damit genehmigte er Kredite in Höhe von knapp 365 Millionen Franken. Das Geschäft geht nun an den Ständerat.

Haltung SBV: Die Investitionen bedeuten für das Bauhauptgewerbe wichtiges Auftragsvolumen. Damit die Branche eine Stütze der Wirtschaft bleibt, ist sie auf solche Immobilienprojekte angewiesen. Im Fünf-Punkte-Plan ruft der Baumeisterverband in der Pandemiezeit dazu auf, geplante Projekte weiter voranzutreiben. Mit der angenommen Immobilienbotschaft machen Bundesrat und Nationalrat einen wichtigen Schritt für eine effiziente Umsetzung der Projekte.

Ständerat

Der Ständerat behandelte folgende für den Baumeisterverband wichtigen Geschäfte:

17.304 Kt. Iv. Tessin. Sichere Strassen jetzt!

Lastwagen dürfen künftig nur noch mit modernen Fahrassistenzsystemen auf Transitachsen fahren. Als Zweitrat hat der Ständerat der Gesetzrevision deutlich (mit 29 zu 9) zugestimmt.

Haltung SBV: Der Aufwand für die betroffenen Baufirmen entlang der Transitachsen ist unverhältnismässig. Um die Sicherheit auf den Transitachsen der Schweiz zu erhöhen, wären durchgehend einspurige Streckenführungen in jede Richtung weit wirkungsvoller.

19.050 Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Der Ständerat hat gewisse Differenzen bereinigt, doch die Debatten dauern an. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass bei allen Reformvorschlägen die AHV bereits ab 2028 wieder ins Minus rutscht. Die Ansätze des Ständerats sind noch am ehesten Kostenneutral. Sowohl der Bundesrat als auch der Nationalrat wollen einen systemfremden Zustupf über grob eine Milliarde Franken gewähren. Der Bundesrat über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.7 Prozentpunkte, der Nationalrat über eine Zweckentfremdung der Reservegelder der Schweizerischen Nationalbank.

Haltung SBV: Die Änderungen des Nationalrates sind unbefriedigend. Deshalb setzt sich der SBV für die Version des Ständerats ein. Dort sind die Rentenzuschläge für die Frauenübergangsgeneration noch zu wenig ausgegoren, weil die Übergangsgeneration einen finanziellen Anreiz für Frühpensionierungen erhält. Dies muss korrigiert werden. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.4 Prozentpunkte ist noch knapp akzeptabel. Hingegen wird die Verwendung der geldpolitischen Reserven abgelehnt.

21.025 Zusatzkredit «Umfahrung Oberburg»

Nach dem Nationalrat will auch der Ständerat die geplante Strassenumfahrung von Oberburg im Berner Emmental mit rund 77 Millionen Franken unterstützen. Er hat dem entsprechenden Zusatzkredit zugestimmt - mit 36 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Haltung SBV: Das Projekt «Umfahrung Oberburg» ist so weit fortgeschritten, dass es durch die fehlenden Verpflichtungsmöglichkeiten behindert würde. Da die Voraussetzungen für einen Zusatzkredit ebenfalls erfüllt sind, gab es keinen Grund, die nötigen Mittel vorzuenthalten. Nun muss das Projekt zügig vorangetrieben werden.

21.046 Veloweggesetz

Der Ständerat hat als Erstrat mit 38 zu 4 Stimmen dem neuen Veloweggesetz zugestimmt. Umstritten waren im Rat vor allem die Planungsgrundsätze und die Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes von privaten Fachorganisationen.

Haltung SBV: Eine Entflechtung der Verkehrswege ist wichtig. Darum sollte das Veloweg umsetzt werden. Eine «möglichst direkte Streckenführung», so wie es der Ständerat unter den Planungsgrundsätzen beschlossen hat, ist zielführend. Kritisch begutachtet der SBV die finanzielle Unterstützung von Fachorganisationen (Art. 10 Abs.2) sowie die unnötig ausgeweiteten Beschwerderechte (Art. 18 Abs 1 lit b und Abs. 3).

20.081 Unterirdischer Gütertransport. Bundesgesetz

Die wenigen Differenzen zum Nationalrat hat der Ständerat noch in derselben Session beraten. Dabei stehen vor allem die Enteignungen zur Debatte. Die grosse Kammer wollte, dass erst enteignet werden kann, wenn die Interessen des Bundes oder von bundesnahen Unternehmungen nicht tangiert sind. Dies lehnte der Ständerat ab. Das Geschäft geht damit zurück an den Nationalrat.

Haltung SBV: Das Gesetz steht auf der Zielgeraden. Die Differenzen zwischen den beiden Kammern sind marginal und sollten möglichst schnell beseitigt werden. Der Ständerat arbeitete dazu gute Kompromisse aus. Eine Einführung des Gesetzes auf das Jahr 2022 wäre wünschenswert und würde dem Projekt weiterhelfen.

21.032 Entsendegesetz. Änderung

Auf diese Vorlage ist der Ständerat nicht eingetreten. Er folgte damit den Empfehlungen seiner Kommission. Diese ortete ein Konflikt zwischen Entsendegesetz auf Stufe Bund und Mindestlöhnen auf Stufe Kanton.

Haltung SBV: Kantonale Mindestlöhne sind gemäss Rechtsprechung ausschliesslich im Sinne einer sozialpolitischen Massnahme zulässig. Der SBV begrüsst darum den Entscheid des Ständerates. Die vorgeschlagenen Änderungen im Entsendegesetz stellen einen nicht akzeptablen Eingriff dar in den sozialpartnerschaftlichen Vollzug von allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen durch paritätische Kommissionen.

20.3532 / 20.3531 Mo. Rieder/Caroni. Fairerer Wettbewerb gegenüber Staatsunternehmen

Die beiden Motionen wurden vom Ständerat angenommen. Damit folgen die Ständeräte der Forderung nach Wettbewerbsneutralität. Diese gehen nun an den Nationalrat. Eine ähnlich lautende Parlamentarische Initiative von Peter Schilliger lehnten die Ständeräte ab, welche damit erledigt ist.

Haltung SBV: Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen müssen verhindert werden. Staatsnahe Betriebe haben einen klar umrissenen Auftrag, bestimmte Güter und Dienstleistungen zu erbringen. Eine Konkurrenz mit privatem Gewerbe ist nicht zulässig, denn die Staatsunternehmer verfügen über bestimmte Vorteile.

Impressum

Schweizerischer Baumeisterverband
Weinbergstrasse 49 / Postfach
8042 Zürich

Bereich Politik & Kommunikation
Bernhard Salzmann
Vizedirektor, Leiter Politik & Kommunikation
Tel. 058 360 76 30
bsalzmann@baumeister.ch

Dossiers:
Arbeitsrecht und Sozialversicherungen
Matthias Engel
Tel. 058 360 76 35
mengel@baumeister.ch

Klima-, Energie- und Umweltpolitik
Laurent Widmer
Tel. 058 360 77 01
lwidmer@entrepreneur.ch

Wirtschafts- und Finanzpolitik
Martin Maniera
Tel. 058 360 76 40
mmaniera@baumeister.ch

Raumpolitik / Infrastruktur & Mobilität
Gian Nauli
Tel. 058 360 76 36
gnauli@baumeister.ch